Nummer 39 — Halle, Dienstag, den 16. Februar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.
Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Lebensmittelpreise in Berlin wiesen am Wochenende keine merkbaren Erhöhungen auf. Zum ersten Male ist in Berlin dem Rückgang der Großhandelsindexziffer auch ein leichter Rückgang der Kleinhandelspreise gefolgt. Der Boykott der italienischen Waren zeigt sich jetzt auch in der Großmarkthalle. Die Anfuhr italienischer Landesprodukte ist um ungefähr die Hälfte in dieser Woche zurückgegangen.

*

Die Rückgänge auf den Weltgetreidemärkten halten unvermindert an. In Berlin ist der Rückgang besonders scharf. Die Absatzkrisis ist um so bedrohlicher, als die nach Europa unterwegs befindlichen Weizenmengen ständig zunehmen. Die Roggenpreise sind in Berlin im Laufe der Woche 8—9 Mark zurückgegangen. An der vorgestrigen Berliner Börse sprach man von einer Mehlabsatzkrisis der europäischen Verbrauchsländer.

*

Im Reichstag ist ein Antrag Hergt (Dn.) eingegangen, der verlangt, daß Steuerrückstände aus dem Jahre 1923 und den vorhergehenden Jahren nicht mehr eingezogen werden sollen.

*

Der bei dem Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe bestehende Ausschuß für das Handwerk trat am 9. Februar in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Maßnahmen, zur Förderung des Preisabbaus und zur Organisation des Handwerks wurden erörtert.

*

In Aussig an der Elbe (Tschechoslowakei) fand unter Teilnahme zahlreicher sudetendeutscher Abgeordneter, Senatoren, Bürgermeister und Gemeindevertreter aus allen Teilen Böhmens, ein deutscher Volkstag statt, der sich zu einer großen Kundgebung des sudetendeutschen Volkes gegen die von der tschechischen Regierung erlassene Sprachenverordnung gestaltete.

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" und die römische „Tribuna" kündigen an, daß im Falle eines Antrags Oesterreichs an den Völkerbund in der sogenannten Südtiroler Frage Italien seine vorläufig nur gestundeten Wiedergutmachungsforderungen gegen Oesterreich von neuem geltend machen wird. Die Wiedergutmachungsforderungen, die in die Milliarden gingen, seien Oesterreich nicht erlassen worden und könnten jederzeit geltend gemacht werden. — Ein sonderbare Auffassung von der „Heiligkeit" der Friedensverträge!

*

Der Züricher „Tages-Anzeiger" meldet aus Bozen den Erlaß fünf neuer Dekrete zur Italienisierung von Verwaltung und Gemeindebehörden.

*

Blättermeldungen zufolge hat die italienische Regierung für hundert Kinder Südtirols Prämien für die besten Fortschritte in der italienischen Sprache ausgesetzt. Für diese Prämien sollen diese hundert Kinder eine mehrtägige Osterreise nach Mailand unternehmen — Eine infame Art von italienischer Propaganda!

*

Mussolini hat gestern wieder in Mailand geredet. Dem „Corriere della Sera" zufolge sagte Mussolini zu den paradierenden Faschisten, er warte auf den Tag, da das große faschistische Heer zum Schutze und zum Ruhme Italiens eingesetzt werde. Italien sei heute Weltreich geworden und warte auf Tage neuen Ruhmes und neuer Größe.

*

Nach einer Havasmeldung aus Gent zogen dort nach Schluß einer Vlamen-Versammlung gegen 500 junge Anhänger der vlämischen Bewegung unter den Rufen „Nieder mit Belgien" in das Zentrum der Stadt. Die Polizei konnte nur mit äußerster Anstrengung Zusammenstöße verhindern. Gegen Mitternacht warfen die Demonstranten Steine in die Fenster der Abgeordneten de Saeghe nud gegen das Gebäude einer höheren Schule. Nach den Anstiftern dieser Kundgebung wird noch gefahndet.

*

Nach einer Meldung des Londoner „Daily Telegraph" aus Kairo sollen die Wahabiten die arabischen Städte Sibia und Dschisan besetzt haben. Es werde infolgedessen ein baldiger Zusammenstoß zwischen den Wahabiten und den Streitkräften des Imam Yahia von Jemen erwartet. — Die Bildung eines ganz Arabien umfassenden Reiches unter dem Wahabitenkönig Ibu Saud scheint also weitere Fortschritte zu machen. Das ist für England trotz seiner augenblicklichen guten Beziehungen zu Ibu Saud nicht angenehm angesichts der wachsenden panislamischen Freiheitsbewegung

*

Nach Meldungen aus Mexiko hat die dortige Regierung Weisung erteilt, das gesamte Kirchengut zu beschlagnahmen, da nach der mexikanischen Verfassung Kleriker kein Eigentum besitzen dürfen. In Ausführung dieser Weisung wurden in der Nacht zum Freitag spanische Priester von berittener Polizei auf dem Bahnhof zusammengetrieben und festgehalten, von wo sie zur Deportation verbracht werden sollen.

Sturmzeichen überall.

Der Kampf um die Völkerbundsratssitze

Der Kampf um die Völkerbundsratssitze beschäftigt weiterhin die englischen und französischen diplomatischen Kreise und die Presse auf das lebhafteste. In England befürchtet man, daß Chamberlain insgeheim den Franzosen schon Zugeständnisse gemacht habe. Der Pariser „Matin" behauptet, daß eine Erhöhung der ständigen Ratssitze von 4 auf 7, der Gesamtsitze von 10 auf 14 bereits so gut wie sicher sei. Ständige Sitze würden außer Deutschland Polen und Spanien und vielleicht Belgien erhalten. —

Von spanischer Seite wird bestritten, daß die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands von Spanien davon abhängig gemacht werde, daß es ebenfalls einen ständigen Ratssitz erhalte. Die schwedische Presse protestiert weiterhin energisch gegen eine Beeinträchtigung der Stellung Deutschlands durch Vermehrung der Zahl der Ratssitze; auch aus Holland kommen ähnliche Stimmen.

Hoffentlich spricht unsere Regierung bald ein offenes Wort gegen diese neue Sabotage des Sinnes und Geistes der Locarnoverträge.

Rußland gegen Völkerbund und Abrüstung

Aus Moskau wird gemeldet: Auf die vom Völkerbund ergangene Einladung zur vorbereitenden Abrüstungskommission betonte der russische Außenminister Tschitscherin Rußlands Bereitschaft zur Teilnahme an der eine Abrüstung erstrebenden Konferenz. Rußland mache sich aber dadurch keinesfalls die Schlußfolgerungen des Völkerbundes bezüglich der Abrüstung zu eigen und gebe die ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbund nicht auf. Solange Genf als Tagungsort der vorbereitenden Kommission anzusehen sei, könne die Sowjetunion daran nicht teilnehmen. Die Sowjetregierung hoffe, daß ein anderer Tagungsort gewählt werde. (Die Weigerung, nach Genf zu gehen, ist natürlich nur ein Vorwand. Sollte wirklich ein anderer Tagungsort gewählt werden, so würde Rußland andere Vorwände erfinden.)

Stürmische Sitzung im polnischen Landtag.

Der polnische Landtag erlebte am Sonnabend eine recht stürmische Sitzung, da die Kalischer blutigen Vorfälle zur Erörterung gelangten. Die Radikalen unterbrachen die Darlegungen des Innenministers durch lärmende Zwischenrufe. Der von den Ukrainern eingebrachte Dringlichkeitsantrag über die Errichtung der ukrainischen Universität in London wurde mit 134 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 110 Stimmen der äußersten Linken und der Minderheiten abgelehnt.

In Kalisch in Polen herrscht wieder Ruhe. Bisher sind 100 Personen wegen Beteiligung an den kürzlich gemeldeten Straßenkämpfen verhaftet worden.

*

Bei den neuerdings erfolgten mehrfachen Haussuchungen im Deutschen Volksbund in Polnisch-Oberschlesien wurden insgesamt 21 Personen in Kattowitz und Königshütte verhaftet, darunter u. a. Schulrat Dudek, der die Minderheitsschulfrage im Deutschen Volksbund bearbeitete, und ein Grubenarbeiter von der Bleischarleygrube. Die Untersuchungen und Revisionen in den Räumen des Volksbundes in Kattowitz und Königshütte wurden unter einem starken Aufgebot von Kriminalbeamten vorgenommen.

Eine Kollektivnote an Ungarn.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph" meldet, die diplomatischen Vertreter der alliierten Hauptländer in Budapest übermittelten der ungarischen Regierung eine Kollektivnote, worin die Punkte bezeichnet sind, mit denen Ungarn noch in Erfüllung der Abrüstungsklauseln des Vertrages von Trianon im Rückstand sei und die es in Ordnung zu bringen habe. Die ungarische Regierung, die dringend die baldige und völlige Auflösung der alliierten Kontrollkommission wünscht, habe die Alliierten ersucht, mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt die Zurückziehung der Kontrollkommission möglich sein werde, falls Ungarn in der Zwischenzeit die alliierten Forderungen erfüllt habe. Einige der kleineren Alliierten seien aber nicht für die Festsetzung eines solchen Datums. — Also genau wie mit Deutschland: immer neue Abrüstungsforderungen, aber keine Einstellung der Militärkontrolle.

Rechtsschwenkung in Frankreich.

In der französischen Kammer brachten die Sozialisten am Sonnabend zur Finanzdebatte einen Vertagungsantrag ein. Briand widersprach und stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 276 gegen 175 Stimmen abgelehnt. Ein Teil des Linkskartells stimmte dabei gegen die Sozialisten.

Der „Courant" meldet aus Paris: Die Ueberraschung der Kammerabstimmung in der Freitagnacht ist, daß die Briandsche Mehrheit gegen die gesamte Linke mit Unterstützung der Poincaréschen Blockparteien zustande gekommen ist. Die politischen Auswirkungen dieser neuen Mehrheitskonstellation in der Kammer sind vorläufig noch nicht zu übersehen; sie bedeutet eine Isolierung der Sozialisten und eine Rechtsschwenkung, damit zugleich eine weitere Gefährdung der Locarnopolitik.

Großer Erfolg Abdel Krims.

Der „Corriere della Sera" meldet aus Tanger: Tetuan ist am 10. Februar von den Truppen Abdel-Krims eingenommen worden. Dieser Verlust der spanischen Hauptstellung kann in dem kriegsmüden revolutionären Spanien schwere innere Folgen haben. Schon meldet das Pariser „Echo" über einen neuen revolutionären Putsch in Barcelona, der seinen Ursprung wieder im Offizierkorps hatte. Die Revolte kam zum Ausbruch bei der Einschiffung der Ersatztruppen nach Marokko. Barcelona ist seit Donnerstagabend wieder dem Belagerungszustand unterstellt.

„Havas" meldet aus Tanger: An der Westfront erwartet man Angriffe einer aus Chomara- und Dscheballaleuten zusammengesetzten 1000 Mann starken Rifabteilung. Auf der Ostfront beschossen spanische Flugzeuge wirksam die Beni Jonnes. Abd-el-Krim hat anscheinend die Absicht, das schlechte Wetter dazu zu benutzen, um an allen Frontabschnitten vorzugehen

Nach Informationen aus zuverlässiger englischer Quelle bestätigt es sich, daß die Franzosen Bibane wieder geräumt haben, das ein strategisch außerordentlich wichtiger Punkt ist.

*

Die Londoner „Times" melden aus Beiruth: Der französische Oberkommissar erklärt, für die Folge keine Sicherheit den Europäern in Syrien außerhalb der Route Beiruth—Damaskus gewährleisten zu können. Die Anordnung bestätigt das Scheitern der Friedensverhandlungen mit den Drusen und steht mit dem Rücktritt des syrischen Staatspräsidenten in unmittelbarem Zusammenhang.

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Teheran: Im persischen Parlament gab die Regierung unter starkem Beifall aller Parteien die Aufnahme von Verhandlungen über einen Bündnisvertrag mit der Türkei bekannt.

Starke Kürzung des Reichswehretats

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete am Sonnabend die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Der Ausschuß nahm dabei eine große Anzahl von Abstrichen der im Etat vorgesehenen Mittel für die einzelnen Positionen vor. U. a. wurden die Mittel bei folgenden Positionen gekürzt:

Gefechtsübungen um 913 700 M., Geräte und Ausstattung um 13 000, Leibesübungen um 75 000 Mark, Unterhaltung der Geräte um 400 000 M., Waffen, Munition und Heeresgerät im allgemeinen um 454 700 M., Kraftfahrwesen um 376 440 M., Schaffung von Pferdeställen für die Infanterie um 200 000 M., einmalige gründliche Instandsetzung von Zeugämtern, Remonteämtern usw. um 500 000 M., Beschaffung von Unteroffizier- und Mannschaftsschränken um 300 000 M., Ankauf von 3300 volljährigen Pferden um 500 000 Mark, Beschaffung von Minenwerfermunition um 300 000 M., Beschaffung von Artilleriemunition und Truppengewehren um 600 000 M., Beschaffung von Artilleriegerät um 1 Million, Ergänzungsbauten für die Unterbringung von Kraftfahrgerät um 300 000 M. usw.

Reichswehrminister Geßler

erklärte: Er könne zwar die Sparmaßnahmen des Reichstages verstehen, da die Finanzlage des Reiches eine sehr gespannte sei, bedauere aber als Reichswehrminister doch außerordentlich, daß dadurch wichtige Aufgaben der Reichswehr zurückgestellt oder eingeschränkt werden müßten.

Auf sozialdemokratische Vorstellungen hin betonte der Reichswehrminister, daß zwar vielfach mit Waffen schwarz gehandelt und geschoben werde, daß aber selbst die Entente den Unwert dieser Art Waffen für ernsthafte Kriegszwecke anerkenne. Angaben über diese Waffenschiebungen gäben aber leider Anlaß zu Presseagitationen im In- und Ausland und seien daher schädlich. Weiter wandte der Minister sich gegen das Spitzelwesen, das hüben und drüben in großem Umfange betrieben werde, viel Geld koste und nur sehr selten mal etwas Tatsächliches oder Wertvolles erbringe, und gegen die Zurverfügungstellung von Schießplätzen an private Vereine und Verbände und verwies darauf, daß ein Unteroffizier wegen dieser Zurverfügungstellung schwer bestraft worden sei. — Der Ausschuß vertagte sich nach Verabschiedung des Wehretats auf Montag.

Die Reichspolitik der DVP.

Interessante Erklärungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Cremer auf dem hiesigen Landesparteitag der D. V. P.

Auf der Eröffnungskundgebung des 6. Landesparteitages des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei sprach am Sonnabend Dr. Cremer über die Reichspolitik. Seinen Vortrag legte er das Motto zugrunde „Wirtschaft in Not" und er gab eine ganz im Rahmen rein wirtschaftlicher Betrachtung gehaltene interessante Darstellung der Weltwirtschaftslage vor und nach dem Kriege, sowie der Grundanschauungen. Beweggründe und Erwartungen, unter denen die Deutsche Volkspartei an der Reichspolitik mitgearbeitet hat und weiterarbeitet:

Der Weltkrieg hat rund 20 Millionen Arbeitskräfte und rund 1000 Milliarden Mark an Kapital aus der Weltwirtschaft ausscheiden lassen. Daher die heutige Weltwirtschaftskrise. In Deutschland speziell haben wir außer allen Verlusten eine Festlegung des Kapitals in erweiterten Produktionsstätten, aber gegenüber einer Produktionsfähigkeit von zirka 125 Prozent (im Vergleich zur Vorkriegszeit) nur einen Absatz von zirka 80 Prozent. Die daraus folgende ungenügende Beschäftigung der Werke verteuert die Erzeugnisse und verringert dadurch wieder den Absatz noch weiter.

Der Kapitalsknappheit und Kapitalsfestlegung muß durch Hereinnahme von Auslandskrediten abgeholfen werden. Das — und nicht die Rückwirkungen im Rheinland usw. — war der Hauptzweck der Locarnoverträge. Der Dawesplan brachte eine Verringerung der Reparationsforderungen der Alliierten und eine gewisse Stabilisierung der außenpolitischen Lage Deutschlands, auf Grund deren dann auch die Stabilisierung der Währung möglich war. Und der Dawesplan brachte den Anfang der nötigen Auslandskredite, aber in der Form kurzfristig gewährter Kredite. Erst Locarno — als eine weitere Stabilisierung der deutschen und gesamteuropäischen Lage — brachte die Möglichkeit, langfristige Kredite zu [illegible] die bisherigen kurzfristigen in langfristige umzuwandeln. Den bis 1926 hereingekommenen rund 3½ Milliarden Mark Auslandskrediten können nun weitere folgen. Zudem kann das Ausland sich bei der außenpolitisch beruhigten Lage nunmehr auch durch Erwerb von Aktien usw. an der deutschen Wirtschaft beteiligen; das hat für uns den Vorteil, daß die durch solche Käufe hereinkommenden Gelder nicht wie die Kredite fest verzinslich sind ohne Rücksicht auf den Ertrag des Unternehmens, sondern nur bei einem Reingewinn; außerdem treten die ausländischen Beteiligten in eine Interessengemeinschaft mit der deutschen Wirtschaft. Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit dieser Locarnopolitik wird bestätigt durch den Optimismus der Börsenkreise, der sich in einer Steigerung der Wertpapierkurse ausprägt.

Locarno ist aber ebenfalls nur ein Schritt. Für das Jahr 1926 sind weitere Schritte vorgesehen in der Richtung einer Revision des Dawesplanes. Denn die Erfüllung der Reparationslasten von 2,5 Milliarden im Jahr würde eine Verdoppelung unserer jetzigen Ausfuhr auf etwa 15 Milliarden Mark zur Voraussetzung haben. Eine solche Ausfuhrsteigerung ist aber ausgeschlossen, schon weil sie für die übrigen Industrieländer insbesondere England und Frankreich, einen entsprechenden Absatzverlust und dementsprechende Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen bewirken müßte.

Selbst Frankreich beginnt das einzusehen, und es ersehnt eine Aenderung der jetzigen Dawesregelung auch schon deshalb, weil es zur Sanierung seiner Finanzen Geld braucht und es durch Flüssigmachung der deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen zu erhalten hofft. Diesbezügliche Verhandlungen sind bisher allerdings gescheitert, und wir Deutschen haben keinen Anlaß, von uns aus auf eine Abänderung des Dawesplans zu dringen, weil das Mißtrauen wecken könnte; die Alliierten werden schon von selbst damit zu uns kommen.

Ist der Moment da, so wird eine Herabsetzung der Jahreszahlungen und eine Festsetzung der Gesamtschuldenlast Deutschlands eintreten. Erst von diesem Augenblick an kann der wirkliche, endgültige Wiederaufstieg Deutschlands beginnen, insbesondere weil dann auch erst die Aufnahme großer Auslandsanleihen durch das Reich, statt bisher nur im Kleinen durch Private, möglich ist.

Voraussetzung dieser Entwicklung ist aber, daß auch die Innenpolitik sich mehr und mehr stabilisiert. Daher war der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung, — der erst die angebliche Krisis des Parlamentarismus herausgeführt hat, die in Wirklichkeit nur eine Krisis im Prozeß der innerpolitischen parlamentarischen Stabilisierung ist — innen- wie außenpolitisch ein schwerer Rückschlag. Und auch jetzt kann nicht etwa irgendeine Diktatur oder sonstige Ausnahmeform helfen. Denn die Wirtschaftskrisis kann durch den Staat überhaupt nicht unmittelbar behoben werden durch irgendein Zauberrezept, sondern die Wirtschaft muß sich selbst helfen, und der Staat kann nur ihre Belastungen mindern. So hat die Steuerreform des Finanzministers Dr. Schlieben eine Steuererleichterung von 1¼ Milliarden gebracht und die des jetzigen Finanzministers Reinhold verspricht eine weitere Steuerermäßigung von 600 Millionen Mark.

Das ist der richtige Weg zur Gesundung der Wirtschaft. Aber die heutige Regierung wird ihn als Minderheitsregierung nicht auf die Dauer gehen können, sondern sie wird Anschluß nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260216011/fragment/page=0001

rechts oder links nehmen müssen. Unser aller Wunsch ist es, daß dann eine Regierungserweiterung nach rechts hin möglich ist.

Aber neue Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen hat mit irgendeiner Parteiverschmelzung nichts zu tun. Große Parteibildungen und -umbildungen sind nur in besonderen Zeiten wie unmittelbar nach der Revolution möglich, und es kann sehr wohl sein, daß in nicht ferner Zukunft neue starke politische Bewegungen im Volke kommen, die parteibildend sind. Aber jetzt ist dazu nicht die Zeit, weder für eine Umbildung unserer Partei nach links noch nach rechts. Und eines steht für uns Volksparteiler fest: niemals werden wir den Politiker opfern, der der einzige wirkliche Staatsmann unserer Zeit ist: unsern Führer Dr. Stresemann.

*

Wir haben den Inhalt der Rede des Herrn Dr. Cremer möglichst objektiv wiederzugeben versucht, getreu unserm stets gewahrten Grundsatz, die sachliche Aufklärung ohne Parteienge zu fördern. Daß wir die im wesentlichen geldmäßige, wirtschaftliche Auffassung des Vortrages nicht teilen, brauchen wir gegenüber den ständigen Lesern unserer Zeitung kaum erst zu betonen. Wir sehen auch im einzelnen die Heilung der Wirtschaftsnot nicht annähernd in demselben Umfange wie Herr Dr. Cremer in Auslandsanleihen und immer neuen Auslandsanleihen. Allerdings hat vielleicht nur das Motto „Wirtschaft in Not" dem Vortrag eine gewisse Einseitigkeit gegeben, die nicht beabsichtigt war. Und dem Grundgedanken, daß unser Volk Ruhe nach außen und Ruhe im Innern braucht, und daß ein Wiederzusammenarbeiten der Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei wünschenswert und der allgemeinen Stabilisierung zuträglich ist dem stimmen wir durchaus zu, und wir können nur wünschen, daß dies auch die Deutschnationale Partei tut. Daß zwischen diesen zwei Parteien Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestehen, ist nicht entscheidend, sondern das beiderseits vorhandene Ziel, unser Volk aus seiner materiellen nationalen und seelischen Not herauszuführen. Dieser gemeinsame Wille wird auch einen gemeinsamen Weg finden lassen.

Dr. H. Elze.

Neue dänische Schulen in Schleswig-Holstein.

Das Preußische Staatsministerium hat durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzkreisen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt. Bisher bestand nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache sowie eine von der dänischen Minderheit unterhaltene Privatschule. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzkreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Süd-Tondern allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsberechtigten von mindestens 24 schulpflichtigen Kindern es beantragen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für 10 schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt. — Erfüllungspolitik bis zum Selbstmord!

Weitere Reichstagsproteste gegen die Reichsbahn.

Der Reichstag stimmte am Sonnabend zunächst dem deutsch-türkischen Handelsabkommen zu, um dann in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums einzutreten. Der vom Abg. Quaatz (Dnat.) erstattete Ausschußbericht war

eine einzige große Anklagerede

gegen die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft, der vorgeworfen wurde, daß sie planmäßig die Interessen des Reiches verletzte und das Bestreben zeige, sich über die Reichsgesetze hinwegzusetzen. In dieser Beziehung wurde besonders die Personalpolitik der Reichsbahn und die Nichtdurchführung des vom Arbeitsminister verbindlich erklärten Schiedsspruches verurteilt.

Die Redner aller Parteien waren einig in der scharfen Kritik an der Reichsbahn-Verwaltung.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Krohne nahm in der Debatte auch das Wort, um die Notwendigkeit einer Verständigung in dem Konflikt zwischen Reichstag und Reichsbahnverwaltung zu betonen. Er erklärte sich bereit, eine Vermittlertätigkeit in dieser Richtung zu übernehmen, betonte aber gleichzeitig, daß er in der Personalpolitik und in der Nichtdurchführung des Schiedsspruchs den Standpunkt der Reichsbahnverwaltung nicht teilen könne. Aus der Ministerrede ist noch hervorzuheben, daß Dr. Krohne die gegenwärtige Finanzlage der Reichsbahn ungünstig beurteilte und bezweifelte, daß eine allgemeine Tarifsenkung jetzt möglich sei. Andererseits werde das Verkehrsministerium darüber wachen, daß nicht zu einer Erhöhung der Güter und Personentarife geschritten werde.

Die Weiterberatung wurde dann auf Montag 1 Uhr vertagt.

*

Im Reichstage ist eine Entschließung der Abg. Graf Westarp (Dnat.), Dr. Frick (völk.), Dr. Gildemeister (Dvp.) und Drewitz-Berlin (W.Vg.) eingegangen, in der die Reichsregierung ersucht wird, umgehend in eine Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn einzutreten und sofort dafür Sorge zu tragen, daß die Bevorzugung der ausländischen Waren in Einfuhr und Durchfuhr beseitigt wird und die deutsche Ausfuhr die erforderliche Sattzung erfährt.

Dem Reichstage soll umgehend eine Denkschrift des Rechnungshofs über die Erfordernisse einer ausreichenden Bilanzprüfung bei der Reichsbahn vorgelegt werden, damit eine Gewähr dafür geschaffen wird, daß die Substanz der Reichsbahn erhalten bleibt. Weiter sollen mit der Reichsbahn Verhandlungen darüber gepflogen werden, daß künftig werbende Anlagen auf Anleihen genommen werden können. Schließlich wird die Reichsregierung ersucht, das Recht des Deutschen Reiches auf die Vorzugsaktien zu sichern und dafür Sorge zu tragen, daß das Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten bezüglich der Gesellschaftsdirektoren nicht umgangen oder unterhöhlt wird.

Die Hauszinssteuer vor dem Preußischen Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beendete am Sonnabend die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Gebäude-Entschuldungssteuer (Hauszinssteuer). Dabei wurde ein Zentrumsantrag angenommen, nach dem die Steuer bei bestimmten Voraussetzungen niedergeschlagen werden kann, soweit der Hausbesitzer die Miete nicht hereinbekommt. Gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters, Abg. Falk (Dem.), wurde Haftung des Grundstückes an sich für die Hauszinssteuer begrenzt. Weiter wurde beschlossen, daß auch Hypotheken, die für Ehegatten, Kinder und Angehörige des Steuerschuldners eingetragen sind, in bestimmtem Umfange in ihren Zinsen abzugsfähig von der Hauszinssteuer sind. Mit großer Mehrheit wurde die Verteilung von 8 Prozent des Steueraufkommens an die Fürsorgeverbände gestrichen. Weiter wurde beschlossen,

die Hälfte des Steueraufkommens für Neubauzwecke

und die andere Hälfte für den Finanzbedarf zu verwenden. Von dem Aufkommensanteil für den Finanzbedarf sollen die Gemeinden 7/40, der Staat 13/40 erhalten; von dem Aufkommen für Neubauzwecke soll das Wohlfahrtsministerium 6/40 und Stadt- und Landkreise 14/40 erhalten. Eine Befristung des Gesetzes wurde abgelehnt. In der nächsten Woche will der Ausschuß die zweite Lesung des Gesetzentwurfs vornehmen.

Das neue Lohnklassensystem für die Knappschafts-Versicherung.

In der Einzelberatung der Novelle zum Knappschaftsgesetz stimmte der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags am Sonnabend einem Antrage zu, der als Grundlage für die Beiträge zur Knappschaftsversicherung sieben Lohnklassen in das Gesetz aufnimmt. Die niedrigste Klasse geht bis zu einem monatlichen Arbeitseinkommen von 75 M.; die Intervalle für die folgenden Klassen betragen jeweils bis zu 25 M. monatlichem Mehreinkommen. Klasse 7 kommt für monatliche Einkommen von über 200 M. in Betracht. — Die Weiterberatung der Knappschaftsnovelle findet im Laufe dieser Woche statt, nachdem am heutigen Montag kommunistische und sozialdemokratische Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorgesätze behandelt worden sind.

Volksbegehren vom 4.—17. März?

Am Sonnabend erschienen, wie die „Voss." meldet, die Abg. Münchenberg und Stöcker als Vertreter der KPD. und Dr. Kuczynski als Vertreter des Ausschusses für die Fürstenenteignung beim Reichsinnenminister Dr. Külz, um Auskunft darüber zu verlangen, zu welchem Termine die Listen für das Volksbegehren in der Frage der Fürstenenteignung aufgelegt werden sollen. Der Minister erklärte, er werde in der nächsten Kabinettsitzung, anfangs nächster Woche, den Antrag stellen, daß die Listen für das Volksbegehren vom 4. bis 17. März aufliegen werden.

Amerikanische Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen.

Interessante Feststellungen eines französischen Industriellen.

Im „Echo de Paris" erklärt ein bekannter Industrieller, der Leiter der Flugzeugwerkstätten Bréguet, Louis Charles Bréguet, der in den Vereinigten Staaten die Organisation der Industrie und die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft studiert hat:

Der amerikanische Arbeiter leistet in einer Stunde das, wozu der französische Arbeiter im Durchschnitt vier bis fünf Stunden braucht und verdient dafür vier- bis fünfmal mehr als dieser. Gleichzeitig ist der Herstellungspreis der meisten in den Vereinigten Staaten erzeugten Fertigwaren geringer als in Frankreich, wo die Löhne so viel tiefer stehen.

Ein Bergarbeiter verdient in den Vereinigten Staaten täglich 10 Dollar und die 178 000 Arbeiter Fords durchschnittlich 7,5 Dollar pro Tag; dabei ist das Leben in Neuyork nur doppelt so teuer wie beispielsweise das in Paris! Der amerikanische Arbeiter kann daher täglich 120 Frank ersparen, während der französische Arbeiter nichts übrig behält. Jeder sparsame amerikanische Arbeiter wird in wenigen Jahren zu einem kleinen Kapitalisten. Sofern er es wünscht, kann er sich schaft von nur gutbezahlten, tüchtig und invensiv Monatsgehälter kostet, und zwar mit ebensoviel Leichtigkeit, wie sich ein französischer Arbeiter vor dem Kriege ein Fahrrad kaufen konnte, dessen Preis damals ebenfalls 1½ Monatsgehältern gleichkam. Die Vereinigten Staaten kennen infolgedessen auch keinen Kommunismus.

Das „Echo de Paris" betont unter Hinweis auf diese Tatsachen die Notwendigkeit, entschlossen mit veralteten Methoden aufzuräumen, an Stelle eines viel zu umfangreichen Apparates unzureichend bezahlter Arbeitskräfte eine Werkgemeinschaft von ur gutbezahlten, tüchtig und intensiv arbeitenden Menschen zu setzen, bei der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenso wie die Volkswirtschaft des ganzen Landes besser stehen würden als bisher.

— Da Frankreich einen starken Arbeitermangel hat, der nur durch Einfuhr ausländischer Arbeiter ausgeglichen werden kann, ist die Mahnung zur Einschränkung der Arbeiterzahl durchaus unbedenklich. Bei uns in Deutschland liegen die Verhältnisse anders. Aber auch bei uns würden Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Preise wesentlich günstiger stehen, wenn die größten Arbeitnehmerorganisationen, die sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften, nicht grundsätzlich Lohnerhöhungen ohne Produktionssteigerung und Klassenkampf statt Werksgemeinschaft betrieben und dadurch den Ertrag der Betriebe und also auch das zur Lohnzahlung zur Verfügung stehende Betriebskapital künstlich niedriger hielten als es sein könnte. Bei Fortdauer dieser in Wirklichkeit nur lohndrückenden und preissteigernden Gewerkschaftspolitik wird in wenigen Jahren die europäische Industrie durch das billiger produzierende Amerika vom Weltmarkt fast gänzlich verdrängt worden sein, weil die Gewerkschaften in ihrer internationalistischen Verblendung nicht daran denken, daß die schlimmste Gefahr für den europäischen Arbeiter, schlimmer als alle etwaigen Auswüchse des Unternehmertums, die Konkurrenz der amerikanischen Arbeiterschaft ist, die gar nicht daran denkt, aus Internationalismus weniger zu arbeiten und zu schaffen und also auch weniger zu verdienen. Erreichen die europäischen Arbeiter — und allerdings auch die Unternehmer — nicht eine Leistung, die die amerikanische noch übertrifft (um auch den amerikanischen Vorsprung größeren Kapitals noch auszugleichen), so ist der Untergang der europäischen Industriemenschen und die Entvölkerung Europas unvermeidlich.

Bevölkerungszahlen Polens.

Polen hatte nach seiner Volkszählung vom 30. September 1921 rund 27 200 000 Einwohner. Die Bevölkerungszahl betrug dagegen am 1. Jan. 1925 schätzungsweise rund 28 900 000. Beträchtlich war die Rückwanderung aus Amerika im Jahre 1920 mit 70 000, im Jahre 1921 mit 78 000, beachtlich aber ihr Rückgang infolge der Verschlechterung der polnischen Wirtschaftslage auf 11 116 im Jahre 1922 und 6693 im Jahre 1923; die Zahl verringert sich auch weiterhin. Dagegen sind aus Rußland im Verlauf von 5 Jahren 1 216 409 Personen zurückgekehrt, 36,5 Proz. Polen, 39,5 Proz. Weißruthenen, 10 Proz. Ukrainer, 9,8 Proz. Russen, 2,7 Proz. Juden.

Man sieht, wie beträchtlich die Zahl der Minderheiten in Polen durch diese Rückwanderung zugenommen hat. Die größte Bevölkerungsdichtigkeit in Polen und in Europa überhaupt besitzt die Wojewodschaft Oberschlesien mit 306 Einwohnern auf den Quadratkilometer.

Eine in der Chicago Tribune veröffentlichte Meldung aus Athen besagt, daß einzelne Organisationen, die mit dem italienischen Faschismus Aehnlichkeit hätten, in Mazedonien und Griechenland, besonders aber in Saloniki gegründet worden seien, um gegen den Kommunismus zu kämpfen und das Nationalgefühl des Volkes zu heben.

*

Die Londoner „Times" melden aus Neuyork: Die Einigungsverhandlungen im Kohlenarbeiterstreik sind gescheitert. Die Bergarbeiterorganisation hat die Gewerkschaften der Union zur Unterstützung aufgerufen. Die Konferenz der Gewerkschaften und des Bergarbeiterverbandes findet am Montag in Neuyork statt.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond ist heute früh auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

Kommen Sie

in die Bücherstube der „A. Z.", Nannischestraße Nr. 10. Bequemer Zeitungs-Leseraum und gesonderter behaglicher Schreibraum mit öffentlicher Fernsprechstelle stehen den Besuchern zur Verfügung. Kein Kaufzwang.

Das Mädel am Katzentisch.

Roman von Barthel-Winkler.

Nachdrucksrecht bei August Scherl, G. m. b. H., Berlin.

I.

„Jette, weißt du —"

Den grauen Kopf vornüber gebeugt, mit den müden Blicken genau die feinen Stiche der Naht in dem blauen Seidenstoff verfolgend, ließ Henriette Wilde im letzten Anlauf ihrer Kraft die Nähmaschine surren; die Worte der Mutter überhörte sie.

Frau Juliane Wilde hantierte am Küchenherd. Im großen Topfe kochte der Milchreis, den sie unablässig quirlte, und im kleinen blauen mit den Beulen, den Luise, ihre Enkelin, den „Ritterhelm" nannte — weil er aussähe, als hätten ein Dutzend blanker Schwerter ihre Kraft an ihm erprobt — puffte in kleinen Bläschen das Apfelmus. Milchreis mit Zimt und Zucker und Apfelmus — da würde Luise nicht „Nein" sagen. Als Frau Wilde den Beulentopf abgenommen und den kochenden Inhalt in die bereitgestellte Steingutschüssel gegossen hatte, drehte sie sich, die Schüssel in den Händen, noch einmal zu ihrer Tochter herum.

„Du, Jette — weißt du — Gott, so hör' doch mal einen Augenblick auf! Es ist ja gleich Mittag!"

Henriette Wilde wandte das erschöpfte, blasse, immer leidend aussehende Gesicht der Mutter zu und strich aufatmend mit der Hand über die grauen Haare.

„Ja, Mutter?"

„Weißt du, ob das wahr ist mit Schulzens?"

„Was denn?"

„Daß sie nun auch ihr Lexikon bei Meyern verpfändet haben?"

„Wer sagt das?"

„Die Fuchs."

„Was die Fuchs schon weiß!"

„Das wär' auch nicht recht! Au! Ist das heiß!" Frau Wilde schob mit dem Ellbogen das Plättbrett auf dem Küchentisch beiseite und stellte die Schüssel hin. „Gott, ist das hier eine Enge! — Das wäre auch nicht recht, mein' ich. Dann sollen sie lieber der Trude nicht erlauben, in Florstrümpfen 'rumzulaufen. Gerade das Lexikon — ich wünschte, wir hätten eins. Das große von Meyer oder Brockhaus. Eine Familie, die auf Bildung Anspruch macht —"

Henriette zuckte gleichmäßig mit den Schultern.

„Bildung, Mutter? Beim Lexikon fängt sie nicht erst an."

Den grauen Kopf aufs neue gesenkt, prüfte sie die Naht und setzte die Maschine wieder in Gang.

„Jetzt muß Luise gleich kommen," sagte Frau Wilde mit einem Blick auf die Weckuhr. Mißmutig flog ihr Blick über Tisch und Stühle. „Alles liegt voll. Ins Vorderzimmer können wir nicht, da stehen die ganzen Sachen zum Reinemachen aufgebaut. Jette, nun mach mal Schluß."

„'n Augenblick. Ich muß wenigstens noch den Saum nähen. Um drei kommt Schwester Emma, und dann muß es fertig sein."

Die Maschine raste.

Frau Wilde schöpfte mit der Füllkelle den Reis aus dem Kochtopf auf drei tiefe Steingutteller, schüttelte die Teller sanft, damit die Fläche des Reises glatt wurde, und bestreute sie mit gemischtem Zimtzucker.

Ein dreimaliges kurzes Klingeln an der Tür ließ sie aufhorchen.

„Da kommt sie!" Sie schlürfte mit ihren Pantoffeln über den dunklen Flur und öffnete. Draußen stand ein junges, sechzehnjähriges Mädchen mit einer Mappe unter dem Arm.

„Tag, Großmutter!" Luise tätschelte der alten Frau die Wange und gab ihr einen Kuß. Dann schnupperte sie mit dem feinen Näschen. „Heute kann man gar nicht riechen, was es gibt. Manchmal riecht man's — besonders, wenn du grüne Bohnen oder Kohl kochst. Ach, habe ich einen Hunger! Und die Sonne scheint draußen so schön; man könnte meinen, es wäre Juli und nicht September." Sie hängte ihre gestrickte Wollmütze im Flur an den Nagel, zog das leichte blaue Cheviotjackett aus, legte die baumwollenen Handschuhe in die Schublade der Kommode, die auf dem Flur stand, und folgte der Großmutter in die mit Kochdunst verschleierte Küche. „Tante Jette, mach' bloß das Fenster auf, es ist ja eine greuliche Luft hier!" Sie legte der ohne Unterbrechung nähenden Henriette einen Arm schmeichelnd um die knochigen Schultern und küßte sie auf den mageren Hals. „Tantchen, wenn ich nachher in die Klavierstunde gehe, kommst du ein bißchen mit spazieren? Es ist so schön — und du mußt auch mal an die frische Luft."

„Geh, geh, geh, Kindchen, ich habe keine Zeit! Der Saum muß noch fertig werden, und Mutter hat schon aufgetan."

„Wir essen immer, Luise." Frau Wilde hatte einen der gefüllten Teller auf die Tischecke gesetzt, die das Plättbrett, auf dem ein graues Damenkleid aufgezogen war und auf das Bügeln wartete, freiließ. „Luise, mach deinen Kindertisch frei, es ist heute kein Platz. Im Vorderzimmer habe ich alles zum Reinemachen zusammengestellt."

Luise nickte und trug aus der Kammer, die an die Küche stieß und in der sie schlief, ein niedliches, viereckiges, rot angestrichenes Tischchen herein, das sie vor die Kammertür stellte. Frau Wilde gab ihr den Teller und einen Eßlöffel, ein kleines Glasschüsselchen mit Apfelmus und einen Teelöffel.

„Hm — Milchreis!" sagte Luise zufrieden und naschte von der Zuckerdecke. Ihr kleines rosiges Zünglein strich genießerisch über die feinen roten Lippen.

„Wie 'ne Miezekatze!" lachte die Großmutter. „Und am Katzentisch sitzt du auch. Sag mal: Miau!"

„Miau!" sagte Luise und schob hastig einen Löffel Reis in den Mund. „Du, Großmutter, der kleinen Minka müssen die Kinder vom Hauswart 'was getan haben; wenn Elli und Max kommen, dann kneift sie immer aus. Ich hab's schon ein paarmal beobachtet!" Minka war das Junge der auf dem Hof des Hauses seit längerer Zeit hausenden, rotweißen, herrenlosen „Mieze", die Luisens besonderer Liebling war. Die anderen Jungen waren zum Teil gestohlen, zum Teil eingegangen; Minka allein, ein niedliches, schwarzes Ding mit weißem Köpfchen, weißen Pfötchen und weißer Brust, blieb in der Obhut der mütterlichen Mieze.

„Meinst Du nicht, Großmutter?" fragte nach einer Weile Luise, als die alte Frau Wilde nicht antwortete.

„Die Elli ist überhaupt ein Racker!" Frau Wilde entfernte sorgsam ein Stück Zitronenschale aus ihrem Reis und legte es auf den Tellerrand. „Luise, sitz' doch still, rutsch' nicht immer mit der Fußbank hin und her."

„Es ist so niedrig, Großmutter, und ich stoße mir immer die Knie. Aber ich bin gleich fertig." Schweigend aß sie weiter. Eine kurze Zeit war außer dem Surren der Nähmaschine nichts zu hören. Die alte Frau an ihrer Küchentischdecke, die blasse, magere, kränkliche Henriette an der Maschine und das kindlich-schlanke, blühende Mädchen am Katzentisch, alle drei schwiegen und hingen ihren Gedanken nach. Die Sonne lugte durch das Küchenfenster, an dem ein paar saubere Gardinen hingen und auf dessen Blumenbrett draußen vor den Scheiben zwei Geranien ihre letzten Blüten trugen. Spatzen zankten sich draußen. Fern von der Straße her klang das Hupen eines Autos wie aus einer anderen Welt. Hier oben im vierten Stock, unterm Dach, wußte man nichts von windschnellen Fahrten auf glatter Straße, auch nichts von Reisen und von anderen Städten und Ländern. Mitten in der Großstadt war diese enge Wohnung eine Insel der Einsamkeit und Abgeschlossenheit auf dem weiten Meer rastlosen alltäglichen Geschehens.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260216011/fragment/page=0002